

Antrag

des Abg. Sascha Binder u. a. SPD

Beteiligung von Beamtinnen und Beamten und weiteren Beschäftigten an den grün-schwarzen Koalitionsverhandlungen

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche konkreten Regelungen es für Beamtinnen und Beamte und Beschäftigte der Landesministerien sowie Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer und Beschäftigte landeseigener Unternehmen im Hinblick auf eine Beteiligung an Sondierungen und Koalitionsverhandlungen von Parteien gibt;
2. welche Beamtinnen und Beamten und Beschäftigte der Landesministerien sowie Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer und Beschäftigte landeseigener Unternehmen in welcher Form und mit welchem Arbeitszeit- und Sachaufwand an den grün-schwarzen Sondierungen und Koalitionsverhandlungen beteiligt waren (bitte unter Darstellung der Funktion im jeweiligen Ministerium bzw. landeseigenen Unternehmen und dem jeweiligen Arbeitszeit- und Sachaufwand);
3. welche regulären dienstlichen Termine des Personenkreises nach Ziffer 2 wegen der Teilnahme an den grün-schwarzen Sondierungen und Koalitionsverhandlungen ggf. abgesagt werden mussten bzw. bei welchen Terminen eine Teilnahme unterblieben ist (bitte unter Darstellung der Funktion im jeweiligen Ministerium bzw. landeseigenen Unternehmen und des jeweiligen Termins);
4. in welchem Umfang im Zusammenhang mit den grün-schwarzen Sondierungen und Koalitionsverhandlungen Besprechungen etc. in den Räumlichkeiten von Landesministerien und landeseigenen Unternehmen unter Teilnahme welcher Beamtinnen und Beamten und Beschäftigten der Landesministerien sowie Geschäftsführerinnen sowie Geschäftsführer und Beschäftigten landeseigener Unternehmen stattgefunden haben (unter Darlegung der jeweiligen Teilnehmerinnen und Teilnehmer und der jeweiligen Örtlichkeit);
5. welche Kosten dem Land durch die vorherigen Fragen (inklusive ggf. weiterer Kosten wie z. B. Benutzung von Dienstwagen, Inanspruchnahme von Assistenzkräften etc.) je nach Landesministerium bzw. landeseigenem Unternehmen entstanden sind;
6. wie und durch wen dem Land die Kosten nach Ziffer 5 erstattet werden.

6.5.2026

Binder, Dr. Kliche-Behnke, Dr. Weirauch, Fink, Stoch SPD

Begründung

Der Presseberichterstattung der vergangenen Tage war zu entnehmen, dass unter anderem hochrangige Beamte eine wichtige Rolle in den grün-schwarzen Sondierungen und Koalitionsverhandlungen eingenommen haben (z. B. Stuttgarter Zeitung vom 4. Mai 2026). Der Antrag dient der Klärung.